

SPD-Fraktion, Roland Wied
HH-Rede 20.11.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hesky,
Frau Dürr, Frau Priebe,
sehr geehrte Damen und Herren.

Der Oberbürgermeister hat uns einen Haushalt vorgelegt, der sich am Notwendigen orientiert und an das Machbare angepasst ist. Solide, wenig spektakulär und somit für wohlmeinende Räte (wie sie in der SPD-Fraktion vertreten sind) wenig Anlass zur Kritik.

Für uns alle ist es der erste doppische Haushalt, mit dem wir uns auseinander setzen müssen.

Ob die Doppik hält, was erreicht werden soll – die laufenden Kosten unseres kommunalen Vermögens und dessen Refinanzierung besser im Blick zu haben – wird man sehen. Wenn gewisse Dinge zwingend notwendig sind oder man sich etwas gönnen möchte, wird man immer prüfen müssen, ob man es sich leisten kann und woher man die Gelder hierfür nimmt. Egal, wie die Buchführung aussieht.

Ich habe großen Respekt vor allen, die diesen Haushalt aufgestellt und die Zahlen zusammen getragen haben. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank seitens der SPD-Fraktion darüber hinaus aber auch an alle in der Verwaltung für die gesamte geleistete Arbeit. Wir haben durchaus den Eindruck, dass in den Ämtern und städt. Einrichtungen ordentlich und solide gearbeitet wird.

Zu der neuen Form des Haushalts muss ich allerdings auch sagen, dass es für uns durchaus schwieriger erscheint, die hinter den Zahlen stehenden Vorgänge zu erkennen. Der bisherige Haushalt war doch mit mehr Erläuterungen versehen.

Vielleicht handelt es sich aber auch nur um eine Frage der Gewöhnung einiges hat sich im Laufe der Diskussion auch bereits erhellt.

Die SPD-Fraktion hat sich vorgenommen, sich auf die großen Linien, wichtige Fragen und strategische Ausrichtungen zu konzentrieren und sich weniger in die laufenden Geschäfte der Verwaltung, also die Kleinbeträge, einzumischen. Zumindest nicht im Rahmen der diesjährigen HH-Debatte.

Möglicherweise müssen wir über Zuständigkeitsgrenzen oder erweiterte Informationspflichten nachdenken. Denkbar wäre es auch, die hinter den Zahlen stehenden Vorgänge, jetzt „Produkte“, zumindest im Ratsinformationssystem umfangreicher darzustellen und zu erläutern.

Selbstverständlich setzen wir auf die interne Revision und darauf, dass sich die Verwaltungsspitze ihrer Verantwortung für ein solides Wirtschaften und sparsamen Umgang mit Steuergeldern bewusst ist und diese Verantwortung auch wahrnimmt - woran wir natürlich nicht zweifeln.

Von pauschalen Kürzungsanträgen haben wir abgesehen. Wir werden dies aber zukünftig verstärkt – sofern es die Haushaltslage erfordert - ins Auge fassen, insbesondere wenn nach Vorliegen der ersten Bilanz und im nächsten Jahr wieder eine bessere Vergleichbarkeit mit dem vorangegangenen Haushalt möglich ist.

Herr Oberbürgermeister,

Sie haben deutlich zu verstehen gegeben dass über Gebühren- und Steuererhöhungen in den nächsten Jahren nachgedacht werden muss, wenn sich die Lage nicht ändert.

Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Wir müssen aber davon ausgehen, dass wir unsere Einnahmesituation verbessern müssen.

Ich will auch eine Bemerkung zur **Kreisumlage** machen: Wir verkennen nicht, dass der Landkreis einen riesigen Schuldenberg vor sich herschiebt, immense soziale Aufgaben, die er nicht beeinflussen kann, zu schultern hat und nicht zuletzt unser neues Krankenhaus finanzieren muss. Der Landkreis ist nichts Freischwebendes, er besteht aus allen seinen Kommunen. Diese, somit auch wir in Waiblingen, dürfen uns vor den sich daraus ergebenden finanziellen Verpflichtungen nicht drücken.

Wir haben bereits für den anstehenden HH einen Antrag auf Erhöhung der **Gewerbsteuer** eingebracht.

Wir halten es für angebracht, den Hebesatz *von 360 v.H.* um 20 auf 380 v.H. zu erhöhen.

Wir sehen sehr wohl, dass wir als Standort attraktiv bleiben müssen und wollen und wir uns in einer Konkurrenzsituation mit anderen Kommunen und Regionen befinden. Wir halten die von uns vorgeschlagene Erhöhung aber für vertretbar, nicht nur im Hinblick auf die Infrastrukturangebote, die wir als Stadt machen, sondern auch im Hinblick auf die Systematik der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer besteuert nur den Ertrag, den ein Unternehmen abwirft, nicht also die Substanz. Wer keinen Gewinn macht oder in seinen Betrieb investiert und dadurch seinen Gewinn mindert, wird nicht belastet. Wer allerdings ausreichend Gewinn macht, von dem erwarten wir auch einen stärkeren Beitrag für das Gemeinwohl. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern, das ist unser Grundsatz.

Personengesellschaften und Einzelunternehmer haben einen Freibetrag (von 24.500 €) und können die bezahlte Gewerbesteuer voll auf die von ihnen zu zahlende Einkommensteuer anrechnen können. Für sie erhöht sich die Steuerlast nicht.
(Zumindest bei dem von uns vorgeschlagenen Hebesatz von 380 v.H.)

Für Kapitalgesellschaft – auch für sie gilt, dass mit der Gewerbesteuer nur der Gewinn und nicht die Substanz besteuert wird – gibt es zwar keinen Freibetrag, aber sie haben ohnehin genügend Möglichkeiten, ihre steuerliche Situation zu optimieren. Sie sind ihren „Shareholdern“ verpflichtet: viel Gewinn und Dividende, möglichst wenig Kosten und Steuern.

Aber dort wo Gewinn ist und eben nicht investiert wird, erwarten wir einen angemessenen Beitrag für die Gemeinschaft. Und dieser Beitrag muss verbindlich für alle sein. Freiwilligkeitsleistungen – so sehr wir diese zu schätzen wissen - sind für uns nicht ausreichend.

Im Übrigen gilt: mit dem von uns vorgeschlagenen Steuersatz bewegen wir uns in dem Bereich vergleichbarer Kommunen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben auch gesagt, dass eine Senkung der **Grundsteuer** nicht in Frage kommt. Das sehen wir genauso.

Die Grundsteuer ist die zentrale Steuer, die alle Bürger einer Kommune an den Kosten beteiligt.

Unsere öffentlichen Einrichtungen und Angebote – *von den Kinderbetreuungseinrichtungen, Bildungs- und Kulturangeboten über die Bäder und Sportstätten bis zu Wirtschaftsförderung, Breitbandverkabelung und Busverbindungen* -- kommen allen Einwohnern zugute, alle nutzen sie, alle profitieren davon.

Und da unsere öffentlichen Einrichtungen so gut sind und wir sie finanzieren müssen, **können wir diese Steuer in der Tat nicht senken.** Auf die Vorschläge der Verwaltung für die Zukunft sind wir gespannt.

Eine Steuer, über die wir selbst entscheiden können, ist auch die **Vergnügungssteuer**. Hier sehen wir die Lenkungsfunktion, z.B. zur Eindämmung von Spielhallen im Vordergrund, aber die Einnahmen als Nebeneffekt wollen wir gerne mitnehmen. Es soll im nächsten Jahr geprüft werden, ob hier die Spielräume schon ausgereizt sind.

Bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung zu den neu installierten Anlagen zur **Geschwindigkeitsüberwachung**.

Diese tragen wir mit und halten sie für notwendig. Wenn die Unvernunft nicht einzudämmen ist, nehmen wir die Einnahmen für die Stadtkasse gerne und dankend entgegen. Wir erinnern daran, dass Regeln, die wir aufstellen, auch von allen eingehalten werden müssen. Es geht um Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Ruhebedürfnis von uns allen. Wer der Meinung ist, dass Tempolimits nicht notwendig sind, sollte für ihre Abschaffung eintreten.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben auch zu verstehen gegeben, dass Sie die **Kinderbetreuungsgebühren** für zu niedrig halten.

Wir halten die vorschulische Kinderbetreuung für die Entwicklung von Kindern für zentral. Es darf keine finanziellen Gründe geben, die Kindern diese Art von Erziehung und Betreuung vorenthält. **Mit dem Betreuungsgeld wurden bereits falsche und fatale Anreize gesetzt.** Wir wollen die Forderung nach vollständiger Gebührenfreiheit nicht mehr

erheben; diese geht zurück auf Zeiten, zu den Kindergärten vier Stunden am Vormittag und zweimal die Woche nachmittags geöffnet hatten.

Das gute Angebot in Waiblingen ist durchaus etwas wert.

Einkommensabhängige Gebührensätze halten wir nach wie vor für unabdingbar. In den unteren Einkommensgruppen, dort wo es ohnehin eng hergeht und „Kinderarmut“ tägliches Erleben ist, wollen wir mehr Gebührenbefreiung.

Im Laufe des Jahres 2015 soll die Struktur der Gebühren überarbeitet werden. Dabei soll die einkommensabhängige Gebührenerhebung grundsätzlich beibehalten werden. Es darf aber nicht mehr sein, dass die unteren Einkommensbezieher einen prozentual höheren Anteil ihres Einkommens für die Kinderbetreuung als die oberen Einkommensbezieher aufwenden müssen. **Das kann durchaus aufkommensneutral erfolgen**; höhere Einnahmen für den Haushalt sind für uns in diesem Bereich keine Notwendigkeit.

Die Stadt Waiblingen hat im Bereich Kinderbetreuung und Schulangebote in der Tat Vorbildliches zu bieten. Im vorschulischen Bereich haben wir die großen Brocken in baulicher Hinsicht wohl geschultert. Hier muss verstärkt auf Qualität und Standards geachtet werden.

Im schulischen Bereich sind erhebliche Summen erforderlich, die finanziert sein wollen. Die **Sanierung des Salier-Gymnasiums** haben wir mit vielen Millionen bereits auf den Weg gebracht. Auch die **Ganztages- und Gemeinschaftsschulen**, die wir wollen und die notwendig sind, werden erhebliche Mittel erfordern. Uns ist klar, dass wir nicht alles sofort haben können. Man muss immer prüfen, wo die Prioritäten sind und ob es nicht auch mal einfachere und genauso gute Lösungen gibt.

Es darf aber auch nicht so sein, dass mit Verweis auf das Salier-Gymnasium alle anderen Vorhaben abgeblockt werden. Die Investitionen in den Ganztagesbetrieb in der **Rinnenäckerschule** sollten im nächsten Jahr begonnen werden. Wir sehen Handlungsbedarf z.B. in der **Zacher-Schule und in der Lindenschule**.

Die Erweiterung der **Halle in Bittenfeld** wollen wir. Dies soll voran getrieben werden.

Auch die Sanierung der **Rundsporthalle** kann erfolgen. Wir sind froh, dass insbesondere das Dach den statischen Anforderungen genügt und dass eine Sanierung möglich ist. Wenn – wie von der Verwaltung ausgeführt - ein Weiterbetrieb für die nächsten 15 Jahre möglich ist, sind die Ausgaben für die Sanierung in den nächsten Jahren gerechtfertigt. Eine neue Event- oder Großsporthalle ist für uns damit vom Tisch. Dafür ist weder in Waiblingen noch in der Region Bedarf.

Es gibt noch eine Sache, die wir im Rahmen des finanziell vertretbaren voranbringen wollen. Das ist die **Jugendfarm**. Nachdem der Ganztagesbetrieb kommt, können alle Schulen sie nutzen . Da müssten sich Synergien und auch Einsparungsmöglichkeiten ergeben.

Zur Situation auf dem **Immobilienmarkt**.

Wir haben steigende Mieten und steigende Preise, trotzdem ist die Nachfrage ungebrochen. Wir haben keine dramatischen Engpässe, aber durchaus Anlass zum Nachdenken bzw. Handeln.

Mit der Forderung nach **preiswerterem Wohnraum** gehen alle wohlfeil. Wir sollten aber nichts versprechen, was wir nicht halten können. Wir müssen ehrlicherweise zugeben, dass wir die Lage nur punktuell beeinflussen können.

Abhelfen könnte nur eine deutliche Verbesserung des Angebots.

Im Mietwohnungsbereich können und müssen wir den eigenen Bestand erhöhen, brauchen aber auch mehr Belegungsrechte und Mietbindungen. Mit konkreten Einzelfällen sind wir bereits auf der richtigen Spur. Das werden wir weiter unterstützen. Wir müssen prüfen, ob wir noch einzelne Grundstücke/Bauplätze haben, die dafür in Frage kommen.

Bei den Vorhaben Karlsstraße und Krankenhausgelände muss das konkret umgesetzt werden.

Da unsere finanziellen Mittel begrenzt sind, sollten wir über neue **Finanzierungsmodelle zur Mobilisierung privaten Kapitals** nachdenken. Das können Wohngruppen und Baugemeinschaften sein, die initiiert und begleitet werden. Ich könnte mir z.B. auch die Auflage

eines Fonds in Zusammenarbeit mit den örtlichen Banken vorstellen, an dem sich private Kapitalgeber beteiligen, um zum Beispiel mit der kreiseigenen Kreisbaugesellschaft (also zu vernünftigen Preisen entlang des Baukostenindex und ohne überzogenes Gewinninteresse) Mietwohnraum nach dem Landeswohnungsförderungsgesetz herzustellen.

Private Investoren (Sparer) hätten eine solide Anlagemöglichkeit und mit der Stadt einen unproblematischen Mieter. Schade, dass es Einrichtungen wie die Siedlungsgenossenschaft Neustadt nicht mehr gibt. M.E. könnte man mit Phantasie neue Möglichkeiten eröffnen, ohne den städt. Haushalt zu belasten.

Mit **Berg/Bürg** haben wir noch ein einziges konkretes Baugebiet. Wir sollten daran jetzt zügig weiterarbeiten.

Innenentwicklung vor Außenentwicklung bleibt weiterhin richtig. Allerdings dürfen wir auch hier nicht übers Ziel hinausschießen und dürfen nicht jeder überzogenen Verdichtungsforderungen kritiklos nachgeben.

Nachdenken über **neue Baugebiete**: auch dazu sind wir bereit.

Klar ist aber, dass das **WN Baulandmodell** beibehalten werden muss. Dies ist für uns unverzichtbar, um eine rasche Bebauung sicherzustellen und andere Interessen der Stadt abzusichern.

Wir müssen uns auch Spielräume im Bereich der Wohnraumförderung eröffnen. Planungsgewinn muss nicht zuletzt auch dem Gemeinwohl dienen.

In diesem Zusammenhang haben wir beantragt, das **Baukindergeld** abzuschaffen. Es ist nicht mehr erforderlich.

Die Mittel sollten für unsere neu definierten Vorhaben im Bereich der Schaffung von Mietwohnraum eingesetzt werden. Auch bei mir persönlich hat hier ein Umdenken stattgefunden. Ich habe unser Baukindergeld nie als soziale Maßnahme, sondern als reine Verkaufsförderung gesehen. Eine Verkaufsförderung ist aber in der heutigen Situation nicht mehr notwendig.

Bauen ist ja nun auch keine einfache Angelegenheit und mit einem Wust von Vorschriften verbunden. Deshalb will ich bewusst hier und heute etwas ansprechen, was uns immer wieder zu Ohren kommt:

Klagen über lange Bearbeitungszeiten, mangelnde Bereitschaft zum direkten Gespräch, unverständliche Anforderungen usw.

Wir können das nicht überprüfen und wissen – falls zutreffend – auch nicht, woran es liegt. Aber gerade in diesem Bereich sollte nicht der Eindruck von Bürokratie und Bürgerferne entstehen. Man sollte immer überprüfen, ob Ermessensspielräume nicht besser genutzt und insgesamt mehr Serviceorientierung möglich ist. Darum bitten wir ausdrücklich, wie gesagt ohne Schuldzuweisungen vornehmen zu wollen.

Herr Oberbürgermeister,

Sie haben auch die Frage gestellt, ob über neue **Gewerbebauggebiete** nachgedacht werden soll. Wir leben glücklicherweise in einer prosperierenden Region. Das müssen und wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Stillstand hat keine Zukunft, es müssen sinnvolle Entwicklungsoptionen offengehalten werden. Bei allen Problemen, die das mit sich bringt, Umweltbelastung, Verkehr usw.

Auch hier sind wir offen und konstruktiv zum Nachdenken bereit. Und selbstverständlich muss das Waiblinger Baulandmodell auch auf etwaige neue Gewerbegebiet angewandt werden.

Integration und ein **friedliches Miteinander** ist uns ein wichtiges Anliegen. Da sind wir in Waiblingen auf gutem Wege. Es gibt in unserer Stadt aber auch zunehmend Menschen, die von unseren Problemen weit entfernt und auf niedrigstes Niveau zurückgeworfen sind. Ich rede von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Es mag uns gefallen oder nicht, wir müssen uns diesem Problem stellen.

Und zwar nicht auf bürokratische Art, **auch nicht blauäugig**, aber menschlich und mitfühlend.

Ich bin froh, dass bisher Scharfmacher nicht aufgetreten bzw. erfolglos geblieben sind.

Aber es gibt Einstellungsmuster und Gefühlslagen – die jüngste Anhörung hat es gezeigt – die sich auch jederzeit im negativem Sinne mobilisieren lassen.

Wir müssen daher alles daran setzen, dass alle, die absehbar nicht nur kurzzeitig bei uns bleiben werden, möglichst früh in unsere Gesellschaft eingeführt werden. Im Gesetz (so steht es im „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer“) werden sie „geduldete Ausländer“ genannt. Wir sollten sie als Mitbürger sehen und behandeln.

Wir sind der Meinung, dass **mehr kommunales Engagement** auch in finanzieller Hinsicht trotz Haushaltsengpässe erforderlich ist. Wir haben daher beantragt, 25.000 € bereitzustellen für alles, was dazu förderlich ist: von Sprachkursen über die Unterstützung ehrenamtlich Tätiger bis zur Schaffung von einfachen Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt. Dies ist nicht nur für die betroffenen Menschen notwendig, sondern es ist auch für die Nachbarn und Anwohner erforderlich, denen wir versprochen haben, ihre Interessen und Sorgen, auch in Bezug auf ihre Sicherheit, Ernst zu nehmen.

In diesem Zusammenhang sei es mir erlaubt, meine Befriedigung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass der Versuch, Stimmung gegen die geplante Moschee zu machen, bei den Waiblinger Bürgerinnen und Bürgern nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen ist.

Religionsausübung sei jedem nach seiner Fassung gestattet, sie darf aber das gedeihliche Zusammenleben nicht stören. Toleranz ist auch keine Einbahnstraße. Wenn es Vorbehalte gibt, muss **von beiden Seiten** darauf sensibel reagiert werden. Ein symbolisches Minarett muss reichen und das Andocken einer religiösen Schule oder eines religiösen Kindergartens, das zu mehr Abschottung führt, könnte ich nicht gutheißen.

Niemand sollte sich nur über seine Zugehörigkeit zur einer bestimmten Religion definieren. Wir brauchen von allen Seiten mehr Offenheit und auch mehr Bereitschaft, am öffentlichen Leben in unserer Stadt teilzunehmen.

Nochmals zurück zu einem handfesten Thema:

Wir haben beantragt, für die Klärung der Windverhältnisse im Stadtwald Buocher Höhe einen Betrag von 50.000 € bereitzustellen.

Wir sehen nach wie vor die dringende und zwingende Notwendigkeit, die **Energiewende** voranzutreiben und dazu die kommunalen Chancen mit den uns zur Verfügung stehenden Flächen und den eigenen Stadtwerken zu nutzen. Erst wenn die Windverhältnisse geklärt sind, kann man prüfen, ob es überhaupt Sinn macht, dieses Projekt weiter zu verfolgen. Die Klärung sollte unseres Erachtens auch für den Fall erfolgen, dass übergeordnete Vorgaben den Standort derzeit verhindern. Es gibt jetzt offenbar sichere Fernmessverfahren mittels Laser oder Schall, die Stand der Technik sind und ohne Masten bis zu einer Höhe von 200 - 300 Meter messen können. Wir sollten das jetzt anpacken. Die Diskussion muss auf einer soliden Basis endlich weitergehen und darf sich nicht ständig auf Mopsfledermaus-Niveau bewegen.

Meine Damen und Herren,

bei einem Rückblick auf dieses Jahr ist festzustellen, dass wir ordentlich gefeiert haben und viele Events hatten. Das hat der Stadt und uns Bürgerinnen und Bürgern gut getan, das hat Waiblingen voran gebracht.

Wir wollen keine Spielverderber sein, aber was das alles gekostet hat, wollen wir noch genau wissen. Und ob wir auf diesem Niveau weiterfeiern wollen, darf gefragt werden.

Jedenfalls sollten wir im nächsten Jahr unseren Schwerpunkt auf die Finanzen und die Investitionen legen.

Eine Anmerkung sei noch erlaubt:

Die zeitliche Inanspruchnahme als Stadtrat hat deutlich zugenommen. Ich will trotzdem keine höhere Aufwandsentschädigung und keine Erhöhung der Sitzungsgelder fordern. Etwaigen Ansinnen in dieser Richtung möchte ich für die SPD-Fraktion vorsorglich eine Absage erteilen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.